

Lauingen und Haunsheim wollen enger zusammenarbeiten

Sitzung Stadt- und Gemeinderäte sprechen sich für ein gemeinsames ländliches Entwicklungskonzept aus. Konkrete Ziele gibt es noch nicht, der Preis aber stimmt

VON JONATHAN MAYER

Lauingen/Haunsheim So voll ist eine Stadtratssitzung wohl selten: Im Sitzungssaal im Rathaus mussten am Dienstag nicht nur die 24 Räte aus Lauingen Platz finden, sondern auch die zwölf Gemeinderäte aus Haunsheim und zahlreiche Zuschauer. Die übliche Sitzordnung wurde also zugunsten von aufgestellten Tischen aufgelöst. Für die gemeinsame Sitzung gab es einen Grund: Lauingen und Haunsheim wollen auf zwei Themengebieten künftig enger zusammenarbeiten: Dem Hochwasserschutz am Zwergbach (*Bericht folgt*) und bei der Entwicklung der Ortsteile.

Die Stadt und die Gemeinde planen ein gemeinsames ländliches Entwicklungskonzept (ILEK). Dafür sprachen sich am Ende alle Beteiligten aus. Ziel sei es, besonders die Ortsteile Unterbechingen sowie Veitriedhausen und Frauenriedhausen zu fördern. Ludger Klinge, leitender Baudirektor am Amt für ländliche Entwicklung in Krumbach, nannte mehrere Beispiele, auf die das Konzept am Ende abzielen

könnte: die Orts- und Innenentwicklung, bessere Mobilitätsmöglichkeiten, eine verbesserte Versorgung im Alter oder etwa das soziale und kulturelle Leben in den Gemeinden. Das Konzept sehe prinzipiell auch die Beteiligung der Bürger vor, so Klinge. Welche Ziele genau verfolgt werden sollen, steht aber noch nicht fest. In der Sitzung ging es erst einmal um die Frage, ob die beiden Gremien überhaupt zusammenarbeiten wollen.

Lauingens Zweiter Bürgermeister Dietmar Bulling (SPD) äußerte zunächst Bedenken. Er verwies auf die interkommunale Zusammenarbeit, die man schon seit 20 Jahren mit Dillingen habe. „Passiert ist da noch nichts.“ Derzeit habe die Stadt Lauingen viele Konzepte am Laufen. „Das ILEK ist sicher gut für die Ortsteile, aber der Schwerpunkt liegt aktuell in der Stadtentwicklung.“

Bürgermeisterin Katja Müller (CSU) wiederum betonte: „Ich habe im Wahlkampf oft gehört, dass man die Ortsteile vergisst und am verlängerten Arm verhungern lässt.“ Sie sehe Synergien, wo sich das Konzept

realisieren ließe. Auch Haunsheims Bürgermeister Christoph Mettel (CSU) sprach sich vehement für das Konzept aus: „Was wir suchen, ist ein Nachfolgeprogramm für die Dorferneuerung.“ Haunsheim habe davon über 30 Jahre profitiert, der Ortsteil Unterbechingen sei daran aber nicht beteiligt gewesen. Jetzt sei es dafür an der Zeit. „Das muss interkommunal sein, sonst funktioniert es nicht.“

Ein wichtiges Argument dafür sind für Mettel die Kosten: Das Konzept allein ohne die Maßnahmen, so hatte es Klinge vorher erklärt, könne mit 75 Prozent Zuschüssen gefördert werden, maximal könnten die Gemeinden 75 000 Euro erhalten. „Ich habe noch nicht erlebt, dass dieser Rahmen wirklich ausgenutzt wurde“, erklärte Klinge. Mettel rechnete vor: „Selbst wenn das so viel kostet: Am Ende bleiben 25 000 übrig. Wenn wir das aufteilen, zahlt jeder 12 500 Euro. Das muss es uns wert sein.“

Auch die übrigen Wortmeldungen fielen positiv aus: Markus Hoffmann (CSU) betonte etwa die Entwicklungsmöglichkeiten, die das

ILEK schaffe: So könnten Straßen erneuert, Radwege gebaut und Naherholungsmöglichkeiten geschaffen werden. Markus Stuhler (SPD) gab zu verstehen, dass das Konzept weiterverfolgt werden und „nicht in irgendeiner Schublade verschwinden“ sollte. Und Philipp Barfuß (FDP) wollte wissen, ob auch Faimingen am Konzept beteiligt werden könne. Klinge zufolge ist das möglich. Das komme aber auf den vorher gesteckten Rahmen an.

Bulling sprach sich schließlich ebenfalls dafür aus und wollte wissen, wie die Bürgerbeteiligung umgesetzt werden könne. Klinge: „Am einfachsten wären wohl Arbeitskreise. Es geht aber auch über Planungsbüros, die vor Ort arbeiten.“

Einen festen Zeitplan gibt es für das Projekt bislang nicht. Zunächst müssen die beiden Gemeinden einen Antrag beim Amt für ländliche Entwicklung stellen, dann werden in einem Seminar der räumliche Zugschnitt und die Ziele und Handlungsfelder geklärt. Erst dann stimmen Stadt- und Gemeinderäte noch einmal ab, bevor die Konzepterstellung vergeben wird.